



Stadtverwaltung Artern

Informationsblatt zum Baumschutz

Die Erhaltung, Pflege und Entwicklung der Bäume dient der Sicherung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Lebensstätten für die Tier- und Pflanzenwelt, der Belebung, Gliederung und Pflege des Orts- und Landschaftsbildes, der Erhaltung und Verbesserung des Kleinklimas, der Abwehr schädlicher Einwirkungen, der Gewährleistung und Erreichung einer innerörtlichen Durchgrünung, der Herstellung eines Biotopverbundes mit den angrenzenden Teilen von Natur und Landschaft.

Deshalb liegt dem Schutz und Erhalt der Bäume das Bundesnaturschutzgesetz, das Thüringer Naturschutzgesetz sowie die Baumschutzsatzung der Stadt Artern zu Grunde.

Die folgenden Vorschriften gelten für die Entfernung bzw. Beschneidung von Bäumen oder den Eingriff in den Wurzelbereich. Hier wird vor allem auf die naturschutzrechtlichen und nachbarschaftsrechtlich-privatrechtlichen Gesichtspunkte des Eingriffes in den Baumbestand hingewiesen.

Zudem sind die Regelungen für Grundstücke in Schutzgebieten (Landschaftsschutzgebiet, Naturdenkmal, Naturschutzgebiet) oder ein nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) eines gesetzlich geschützten Biotops zu berücksichtigen.

Baumschutz

In der Stadt Artern sind nach der „Satzung zum Schutz des Baumbestandes der Stadt Artern einschließlich des Ortsteiles Schönfeld“ (Baumschutzsatzung) vom 16. Januar 2007 **grundsätzlich alle Bäume geschützt**, d.h. sie dürfen ohne schriftliche Genehmigung der zuständigen Dienststelle nicht gefällt und keine Teile von ihnen entfernt oder beschädigt werden (z.B. Zweige, Äste, Rinde, Wurzeln).

Ausgenommen davon sind:

- Obstbäume, Bäume in Baumschulen und Gärtnereien
- Bäume auf Dachgärten
- Bäume im Rahmen des historischen Gestaltungskonzeptes der durch das Thüringer Denkmalschutzgesetz vom 7. Januar 1992 in seiner jeweils geltenden Fassung geschützten historischen Park- und Gartenanlagen, sowie Bäume, die dem Thüringer Waldgesetz

(ThürWaldG) vom 28. Juni 2006, in der jeweils geltenden Fassung unterliegen

- Nadelbäume folgender Art: Fichte, Kiefer, Lärche, Tanne, Picea, Pinus, Larix decidua, Abies

Nachbarrechtliche Vorschriften bleiben unberührt.

Genehmigungen für das Fällen oder den Rückschnitt von Bäumen können erteilt werden, wenn ein ausnahmefähiger Sachverhalt vorliegt, d.h. wenn:

- kein Verbot im Sinne des § 5 Baumschutzsatzung vorliegt
- der Eigentümer oder der Nutzungsberechtigte aufgrund von Rechtsvorschriften oder eines vollstreckbaren Titels verpflichtet ist, einen oder mehrere Bäume zu fällen oder zu verändern
- eine nach baurechtlichen Bestimmungen zulässige Nutzung sonst nicht verwirklicht werden kann
- von dem Baum eine Gefahr für Personen oder Sachen von bedeutendem Wert ausgeht und die Gefahr nicht auf andere Weise mit zumutbarem Aufwand beseitigt werden kann
- der Baum so stark erkrankt ist, dass die Erhaltung auch unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses an der Erhaltung nicht zumutbar ist

Eine Befreiung kann auch aus Gründen des Allgemeinwohls erfolgen.

Üblicherweise werden Fällgenehmigungen mit der Auflage von Ersatzpflanzungen verbunden.

Die Baumschutzsatzung der Stadt Artern vom 16. Januar 2007 befindet sich als Anlage an diesem Merkblatt.

Hinweise zur Verkehrssicherungspflicht:

Die Verkehrssicherungspflicht obliegt grundsätzlich dem Baum- und Grundeigentümer. Der Eigentümer bleibt verantwortlich für die Verkehrssicherheit des Baumes und hat in regelmäßigen Abständen eine sorgfältige Sichtprüfung vorzunehmen.

Der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte eines Grundstückes ist verpflichtet, auf dem Grundstück befindliche geschützte Bäume sach- und fachgerecht zu erhalten und zu pflegen. Zu den Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen zählen insbesondere die Bodenverbesserung, die Beseitigung von Krankheitsherden, die Behandlung von Wunden sowie die Belüftung und Bewässerung des Wurzelwerkes.

Bundesnaturschutzgesetz § 39 Abs.5 Nr. 2 – Fristenregelung

Nach § 39 Abs. 5 Nr. 2 des Bundesnaturschutzgesetzes ist es verboten, in der Zeit vom **1. März bis zum 30. September** Bäume, Hecken und Gebüsche abzuschneiden oder auf den Stock zu setzen. Dies betrifft auch Bäume und Sträucher, die sonst nicht geschützt sind.

Die zuständige Dienststelle des Landratsamtes Kyffhäuserkreis kann im begründeten Einzelfall, z.B. bei Gefahrenbäumen oder zur Durchführung genehmigter, nicht verschiebbarer Bauvorhaben, Befreiungen von diesem Verbot gewähren (§ 67 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz).

Das übliche Beschneiden der Hecken in den Sommermonaten fällt nicht unter dieses Verbot. Unter dem „üblichen Beschneiden von Hecken“ ist das Entfernen der jeweils jüngsten Triebe zu verstehen. Aus Vogelschutzgründen sollte dieses erst nach dem 24. Juni vorgenommen werden.

Eine **Ausnahmegenehmigung** ist schriftlich formlos oder mit dem bereitgestellten Formblatt bei der jeweils zuständigen Dienststelle zu beantragen.

Die Erteilung einer Ausnahme / Befreiung ist bei der Stadt schriftlich unter Darlegung der Gründe und unter Beifügung eines Lageplanes, auf dem Standort, Art, Höhe, Stammumfang und Kronendurchmesser der Bäume ausreichend dargestellt sind, zu beantragen. Im Einzelfall können weitere Unterlagen angefordert werden. Sowohl die Genehmigung und ggf. die Ablehnung sind gebührenpflichtig.

Die für Sie zuständige Dienststelle der Stadt Artern können Sie telefonisch unter der Rufnummer 0 34 66/ 32 55 0 erfragen.

Bürgerliches Gesetzbuch

hier: § 910 - Überwuchs und Überhang

Das BGB als privates Recht regelt die **nachbarschaftlichen Aspekte**. Wortlaut des § 910 BGB:

„(1) Der Eigentümer eines Grundstückes kann Wurzeln eines Baumes oder eines Strauches, die von einem Nachbargrundstück eingedrungen sind, abschneiden und behalten. Das gleiche gilt von herübertretenden Zweigen, wenn der Eigentümer dem Besitzer des Nachbargrundstückes eine angemessene Frist zur Beseitigung bestimmt hat und die Beseitigung nicht innerhalb der Frist erfolgt.

(2) Dem Eigentümer steht dieses Recht nicht zu, wenn die Wurzeln oder die Zweige die Benutzung des Grundstückes nicht beeinträchtigen.“

Dieses private Recht gilt für das gesamte Bundesgebiet, ist aber in jedem Bundesland mit den dort gültigen rechtlichen Regelungen gemeinsam anzuwenden. Dabei geht öffentliches Recht vor Privatrecht.

Privatrechtliche Fragen nach dem BGB werden durch die Stadt Artern nicht geklärt.

In Thüringen bestehen gemäß Thüringer Nachbarrecht Vorschriften über den Pflanzabstand für Bäume und Hecken an Grundstücksgrenzen und über die Höhe von Hecken.

Bäume und Großgehölze werden üblicherweise im Grenzbereich eines Gartens gepflanzt und bilden somit den optischen Rahmen nicht nur für den eigenen Garten, sondern wirken auch in den optischen Rahmen des Nachbargartens hinein. Jeder Gartenbesitzer sollte daher auch des Nachbarn Bäume als zum eigenen Gartenbild gehörend anerkennen.

Anlage: Baumschutzsatzung der Stadt Artern vom 16. Januar 2007

Satzung zum Schutz des Baumbestandes der Stadt Artern einschließlich des Ortsteiles Schönfeld (Baumschutzsatzung)

Der Stadtrat der Stadt Artern hat aufgrund des § 17 Abs. 4 des Gesetzes für Natur und Landschaft (ThürNatG) vom 30. August 2006 (Gesetz- u. Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen, Nr. 12/2006, S. 421 ff) sowie § 2 der Thüringer Kommunalordnung vom 28. Januar 2003 (Gesetz- u. Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen, S. 41) in seiner Sitzung am 22.11.2006 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Gegenstand der Satzung / Geltungsbereich

Gegenstand der Satzung /Geltungsbereich innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile und des Geltungsbereiches der Bebauungspläne sind Stammbildende Gehölze (Bäume) einschließlich ihres Wurzelbereiches nach Maßgabe dieser Satzung geschützt, soweit nicht in anderen Rechtsvorschriften weiterreichende Schutzbestimmungen bestehen.

§ 2

Geschützte Bäume

Bäume im Sinne der Satzung sind: Einzelbäume mit einem Stammumfang von mindestens 50 cm; mehrstämmig ausgebildete Einzelbäume, strauchartige Bäume oder baumartige Sträucher, wie z. B. Eibe oder Salweide, wenn wenigstens zwei Stammbäume jeweils einen Stammumfang von mindestens 30 cm aufweisen.

Der Stammumfang ist in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden zu messen. Liegt der Kronenansatz unter dieser Höhe, ist der Stammumfang unter dem Kronenansatz maßgebend.

Behördlich angeordnete Pflanzungen und Bäume, die aufgrund von Festsetzungen eines Bebauungsplanes zu pflanzen oder zu erhalten sind, sind ohne Beschränkung auf einen Stammumfang geschützt.

Nicht unter diese Satzung fallen:

- Obstbäume, Bäume in Baumschulen und Gärtnereien,
- Bäume auf Dachgärten,
- Bäume im Rahmen des historischen Gestaltungskonzeptes der durch das Thüringer

Denkmalschutzgesetz vom 7. Januar 1992 in seiner jeweils geltenden Fassung geschützten historischen Park- und Gartenanlagen, sowie Bäume, die dem Thüringer Waldgesetz – ThürWaldG – vom 28.06.2006 – in der jeweils geltenden Fassung unterliegen.

Nadelbäume folgender Arten:

- | | |
|----------|-----------------|
| - Fichte | - Picea |
| - Kiefer | - Pinus |
| - Lärche | - Larix decidua |
| - Tanne | - Abies |

Nachbarrechtliche Vorschriften bleiben unberührt.

§ 3 Schutzzweck

Die Erhaltung, Pflege und Entwicklung der Bäume dient der Sicherung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Lebensstätten für die Tier- und Pflanzenwelt, der Belebung, Gliederung und Pflege des Orts- und Landschaftsbildes, der Erhaltung und Verbesserung des Kleinklimas, der Abwehr schädlicher Einwirkungen, der Gewährleistung und Erreichung einer innerörtlichen Durchgrünung, der Herstellung eines Biotopverbundes mit den angrenzenden Teilen von Natur und Landschaft.

§ 4 Pflege- und Erhaltungspflicht

Der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte eines Grundstückes ist verpflichtet, auf dem Grundstück befindliche geschützte Bäume sach- und fachgerecht zu erhalten und zu pflegen. Zu den Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen zählen insbesondere die Bodenverbesserung, die Beseitigung von Krankheitsherden, die Behandlung von Wunden sowie die Belüftung und Bewässerung des Wurzelwerkes.

Die Stadt kann anordnen, dass der Eigentümer oder der Nutzungsberechtigte eines Grundstückes bestimmte Maßnahmen zur Erhaltung und Pflege der geschützten Bäume auf seine Kosten durchführt, unterlässt, wenn sie dem Schutzzweck dieser Satzung zuwiderlaufen, oder durch die Stadt oder von ihr Beauftragte duldet, soweit die Durchführung der Maßnahmen dem Eigentümer oder Nutzungsberechtigten im Einzelfall nicht zuzumuten ist. Dies gilt insbesondere für die Vorbereitung und Durchführung von Baumaßnahmen.

§ 5 Verbotene Maßnahmen

Es ist verboten, im Geltungsbereich dieser Satzung Bäume ohne Genehmigung zu entfernen, zu zerstören, zu beschädigen oder ihre Gestalt wesentlich zu verändern oder Maßnahmen vorzunehmen, die zum Absterben der Bäume führen. Hierunter fallen nicht Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen nach § 4 oder Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit.

Erlaubt sind ferner unaufschiebbare Maßnahmen zur Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr; sie sind der Stadt nachträglich unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Als Beschädigungen im Sinne des Absatzes 1 gelten auch Schädigungen des Wurzelbereiches, insbesondere durch jegliches Befestigen der Bodenoberfläche, Abgrabungen, Ausschachtungen oder Aufschüttungen, Lagern, Anschütten und Ausgießen von Salzen, Ölen, Säuren, Laugen, Farben, Abwässern, Baustoffen, Abfällen oder anderen Chemikalien, Austretenlassen von Gasen und anderen schädlichen Stoffen aus Leitungen, unsachgemäße

Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, Streusalzen oder Auftaumitteln, Bodenverdichtungen durch Abstellen oder Befahren mit Fahrzeugen, Maschinen oder Baustelleneinrichtungen, Feuer machen im Stamm- und Kronenbereich oder unsachgemäße Aufstellung und Anbringung von Gegenständen (z. B. Bänke, Schilder, Plakate).

Dies gilt nicht für Bäume an öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, wenn ausreichend Vorsorge gegen eine Beschädigung der Bäume getroffen wird.

Eine wesentliche Veränderung der Gestalt im Sinne des Absatzes 1 liegt auch vor, wenn an Bäumen Eingriffe vorgenommen werden, die das charakteristische Aussehen wesentlich verändern oder das Wachstum, die Vitalität oder die Lebenserwartung erheblich beeinträchtigen. Der fachgerechte Schnitt von Kopfbäumen stellt keine wesentliche Veränderung der Gestalt im Sinne des Absatzes 1 dar.

§ 6 Ausnahmen und Befreiungen

Ausnahmen von den Verboten des § 5 sind zu genehmigen, wenn der Eigentümer oder der Nutzungsberechtigte aufgrund von Rechtsvorschriften oder eines vollstreckbaren Titels verpflichtet ist, einen oder mehrere Bäume zu entfernen oder zu verändern, eine nach baurechtlichen Bestimmungen zulässige Nutzung sonst nicht verwirklicht werden kann, vom dem Baum eine Gefahr für Personen oder Sachen von bedeutendem Wert ausgeht und die Gefahr nicht auf andere Weise mit zumutbarem Aufwand beseitigt werden kann, der Baum so stark erkrankt ist, dass die Erhaltung auch unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses an der Erhaltung nicht zumutbar ist, oder die Beseitigung des Baumes aus überwiegenden, auf andere Weise nicht zu verwirklichenden öffentlichen Interessen dringend erforderlich ist. Von den Verboten des § 5 können im Einzelfall Befreiungen erteilt werden, wenn das Verbot zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und eine Befreiung mit den öffentlichen Interessen vereinbar ist. Eine Befreiung kann auch aus Gründen des Allgemeinwohls erfolgen. Die Erteilung einer Ausnahme / Befreiung ist bei der Stadt schriftlich unter Darlegung der Gründe und unter Beifügung eines Lageplanes, auf dem Standort, Art, Höhe, Stammumfang und Kronendurchmesser der Bäume ausreichend dargestellt sind, zu beantragen. Im Einzelfall können weitere Unterlagen angefordert werden.

Die Ausnahmegenehmigung soll im Falle des Absatzes 1 Nr. 2 mit Nebenbestimmungen versehen werden. Dem Antragsteller soll insbesondere auferlegt werden, bestimmte Erhaltungsmaßnahmen zu treffen, standortgerechte Bäume bestimmter Zahl, Art und Größe als Ersatz für entfernte Bäume auf seine Kosten zu pflanzen oder umzupflanzen und zu erhalten.

Die Ersatzpflanzung bemisst sich nach dem Stammumfang des entfernten Baumes. Beträgt der Stammumfang bis zu 100 cm, ist als Ersatz für den entfernten Baum ein Baum derselben oder zumindest gleichwertigen Art mit einem Mindestumfang von 12 – 14 cm zu pflanzen; beträgt der Stammumfang mehr als 100 cm, ist für jeweils weitere angefangene 40 cm Stammumfang ein zusätzlicher Baum der vor bezeichneten Art und Qualität zu pflanzen. § 2 Absatz 2 gilt entsprechend. Die Verpflichtung zur Ersatzpflanzung ist erst dann erfüllt, wenn und soweit die Ersatzpflanzung nach Ablauf von drei Jahren zu Beginn der folgenden Vegetationsperiode angewachsen ist; andernfalls ist sie zu wiederholen.

Ist eine Ersatzpflanzung ganz oder teilweise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich, so ist der Antragsteller zu einer Ersatzzahlung heranzuziehen. Die Höhe der Ersatzzahlung bemisst sich nach dem Wert der Bäume, mit denen ansonsten die Ersatzpflanzung hätte erfolgen müssen, zuzüglich einer Pflanzkostenpauschale in Höhe von 30 von Hundert des Nettoerwerbspreises.

Die nach dieser Satzung zu entrichtenden Ersatzzahlungen sind an die Stadt Artern zu leisten. Sie sind zweckgebunden für den Baumschutz in der Stadt, insbesondere für

Ersatzpflanzungen oder zum Schutz und zur Pflege von Bäumen, die dem Schutzzweck dieser Satzung entsprechen, im Geltungsbereich dieser Satzung, nach Möglichkeit in der Nähe des Standortes der entfernten oder zerstörten Bäume, zu verwenden.

Absatz 4 Satz 2 bis 6 und Absatz 5 gelten nicht, wenn nach den Festsetzungen eines Bebauungsplanes, einer anderen städtebaulichen Satzung oder einer sonstigen behördlichen Genehmigung, bei der über den Ausgleich oder die Minderung der zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft zu entscheiden ist, die Beseitigung eines Baumes vorgesehen ist.

§ 7 Folgenbeseitigung

Wer ohne die erforderliche Ausnahmegenehmigung oder Befreiung nach § 6 geschützte Bäume entfernt, zerstört, beschädigt oder ihre Gestalt wesentlich verändert oder derartige Eingriffe vornehmen lässt, ist auf Verlangen der Stadt verpflichtet, an derselben Stelle auf eigene Kosten die entfernten oder zerstörten Bäume in angemessenem Umfang durch Neuanpflanzungen zu ersetzen oder ersetzen zu lassen oder die sonstigen Folgen der verbotenen Handlungen zu beseitigen. § 6 Absatz 4 Satz 2 bis 6 und Absatz 5 gelten entsprechend.

§ 8 Baumschutz im Baugenehmigungsverfahren

Wird für ein Grundstück im Geltungsbereich dieser Satzung eine Baugenehmigung oder eine Bauvoranfrage beantragt, so sind im Lageplan die auf dem Baugrundstück und, soweit möglich, auf den Nachbargrundstücken vorhandenen geschützten Bäume im Sinne des § 2, ihr Standort, die Höhe, die Art, der Stammumfang und der Kronendurchmesser einzutragen.

§ 9 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 17 Absatz 4 und § 54 Absatz 1 und 2 des ThürNatG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig Anordnungen zur Erhaltung und Pflege geschützter Bäume nach § 4 nicht Folge leistet, entgegen den Verboten nach § 5 Absatz 1 Satz 1 geschützte Bäume entfernt, zerstört, beschädigt oder ihre Gestalt wesentlich verändert oder Maßnahmen vornimmt, die zum Absterben der Bäume führen, eine Anzeige nach § 5 Absatz 1 Satz 3, 2. Halbsatz, unterlässt, entgegen § 6 Absatz 3 oder § 8 geschützte Bäume nicht in den Lageplan einträgt oder falsche oder unvollständige Angaben zum Bestand geschützter Bäume macht, angeordneten Erhaltungsmaßnahmen oder Ersatzpflanzungen nach § 6 Absatz 4 nicht nachkommt, Verpflichtungen nach § 7 nicht nachkommt. Die Ordnungswidrigkeiten können mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden, soweit die Handlung nicht als Straftat mit Strafe bedroht ist. Nach § 54 Abs. 4 ThürNatG ist die zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten die Stadt im Fall des § 17 Abs. 4 ThürNatG.

§ 10 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Die Satzung vom 16.02.1998 tritt damit außer Kraft.

Artern, 16.01.2007
Koenen
Bürgermeister

Ausfertigungsvermerk: Die Übereinstimmung des Satzungstextes mit dem Willen des Stadtrates der Stadt Artern sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Satzungsverfahrens werden bekundet. Verstöße wegen der Verletzung von Verfahren- und Formvorschriften, die nicht die Ausfertigung und diese Bekanntmachung betreffen, können gegenüber der Stadt geltend gemacht werden. Sie sind schriftlich unter Angabe der Gründe geltend zu machen. Werden solche Verstöße nicht innerhalb der Frist von einem Jahr nach dieser Bekanntmachung geltend gemacht, so sind diese Verstöße unbeachtlich.